

Beschluss Düsseldorf – gut regiert (Update)

Antragsteller*innen:

Text

- 1 Lesehinweis: alle Texte und Absätze, die nicht Bestandteil der am 07.03.2020
2 beschlossenen Fassung sind, sind unterstrichen
- 3 Düsseldorf – gut regiert
- 4 Düsseldorf ist die Landeshauptstadt von Nordrhein-Westfalen und hier leben fast
5 650.000 Menschen. Alle Bürger*innen haben es verdient, dass Düsseldorf gut
6 regiert wird. Eine Kommune ist immer so gut, wie die Menschen, die für sie
7 arbeiten. Das zeigt sich insbesondere in Krisenzeiten, wie wir es gerade in der
8 Bewältigung der Corona-Pandemie erleben.
- 9 In Krisenzeiten zeigt sich die Belastbarkeit jeder Institution, so auch die
10 einer Stadtverwaltung. Einerseits muss sichergestellt werden, dass Bürger*innen
11 sichere und barrierefreie Zugänge zu den Serviceleistungen bekommen, die so
12 niederschwellig wie möglich angeboten werden. Andererseits müssen die
13 Mitarbeiter*innen, oft in der ersten Reihe tätig, sicher und gut arbeiten
14 können.
- 15 An erster Stelle muss das „Schützen und Stützen“ stehen, ohne dass die
16 Gesundheit der Mitarbeiter*innen gefährdet wird. Ob beim Ordnungs- und
17 ServiceDienst oder in den Bürgerbüros: an allen Einsatzorten muss die Stadt
18 zuverlässig und bürgernah sein, auch in Krisenzeiten. Dabei müssen die
19 Belastungen und Bedürfnisse der
- 20 Mitarbeiter*innen berücksichtigt werden. Das fängt bei angemessenen
21 Schutzvorkehrungen an, die zur Verfügung gestellt werden müssen, und hört bei
22 der internen Kommunikation noch lange nicht auf. Die extrem hohe Belastung in
23 herausfordernden Zeiten, wie während der Corona-Pandemie, muss gewürdigt und
24 berücksichtigt werden.
- 25 Zur Bewältigung akuter Krisen hat die Stadt Düsseldorf wie viele Organisationen
26 einen Krisenstab eingerichtet, dessen Zusammensetzung und Befugnisse in
27 verschiedenen Krisen-Stufen definiert sind. Gerade bei länger andauernden
28 Krisensituationen, wie aktuell durch die Corona-Pandemie, müssen die
29 demokratisch gewählten Gremien, insbesondere der Stadtrat und die
30 Bezirksvertretungen, so schnell und umfassend wie möglich in das
31 Krisenmanagement einbezogen werden. Zu viele Befugnisse für die Stadtspitze und
32 den Krisenstab, über einen zu langen Zeitraum schwächen nicht nur die
33 Legitimation der Entscheidungen, sie verhindern auch die demokratische Suche
34 nach den besten Lösungen.
- 35 Auch nach der Corona-Pandemie ist die Weiterentwicklung und Stärkung der
36 Verwaltung eine große Aufgabe der zukünftigen Stadtregierung. Zu viele Jahre der
37 Mängelverwaltung haben ihre Spuren hinterlassen, die unbedingt aufgearbeitet
38 werden müssen.
- 39 -
- 40 Nur mit Investitionen und Förderprogrammen allein lassen sich keine
41 strukturellen sozioökologischen Veränderungen erreichen. Nur eine gut
42 funktionierende kommunale Verwaltung ist in der Lage, auch den

43 Handlungsspielraum zur Erreichung der Klima- und Nachhaltigkeitsziele voll
44 auszuschöpfen, sei es in der öffentlichen Beschaffung, der Bau- und
45 Flächennutzungsplanung, der Verkehrsplanung aber auch der öffentlichen Ordnung
46 (hier besonders ausreichende Kontrollen von Vorgaben).

47 Fachkräfte für Düsseldorfs Verwaltung – halten und werben: Schon heute gibt es
48 einen großen Fachkräftemangel, der auch die Verwaltung betrifft. Bisher sollte
49 dieses Problem vielfach durch eine Verschlankung der Verwaltung gelöst werden.
50 Doch für die vielen Aufgaben in der Stadt, für bürger*innennahe Politik und
51 guten Service braucht es ausreichend und gut qualifizierte Mitarbeiter*innen.
52 Die letzte Verwaltungsreform war zu sehr auf das Streichen von Stellen
53 ausgerichtet. Unser Weg soll ein anderer sein.

54 Wir brauchen eine Kultur des Vertrauens und Zutrauens, klare Kompetenzen, gute
55 Führung und eine positive Fehlerkultur und -toleranz. Nur so kann man
56 zusammenwachsen und die beste Version der Düsseldorfer Stadtverwaltung werden.

57 Wir wollen eine Vereinbarkeits- und Attraktivitätsoffensive für aktuelle und
58 zukünftige Mitarbeiter*innen der Stadt starten. Wir werden die Einstellung von
59 Quereinsteiger*innen ermöglichen und prüfen, ob für die Mitarbeiter*innen der
60 Verwaltung ein so genannter "Düsseldorf-Zuschlag" gezahlt werden kann - so, wie
61 es andere Großstädte bereits tun. Die Möglichkeiten, von zu Hause aus zu
62 arbeiten, sollen verbessert und die Option dazu selbstverständlich werden. Nicht
63 zuletzt die Corona-Pandemie hat uns überraschend gezeigt, wie gut dies
64 umzusetzen ist, auch im großen Maßstab.

65 Auch in Führungsjobs sollen vollzeitnahe Teilzeit und das Teilen von Jobs
66 möglich werden. In der Konkurrenz um Fachkräfte zählt es auch, adäquate,
67 attraktive Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Mit dem neuen Technischen
68 Rathaus werden wir dafür einen Meilenstein setzen. Wir GRÜNE wollen in einem
69 zweiten Schritt auch für die bürger*innennahen Ämter einen Neubau,
70 beispielsweise an der Moskauer Straße.

71 Verwaltungsmitarbeiter*innen wissen häufig am besten, wo der Schuh drückt, wenn
72 es um Qualitätssteigerung und effiziente Prozesse geht. Sie müssen mehr gehört,
73 ihre Kompetenzen ernster genommen werden. Zurzeit können die
74 Verwaltungsmitarbeiter*innen niedrigschwellig über eine eingerichtete E-
75 Mailadresse ‚mitreden‘. Wir wollen weitere Formen, sich jenseits der Hierarchien
76 zu Abläufen zu äußern, schaffen und streben

77 ein verwaltungsinternes Social Intranet an, auf der Verwaltungsmitarbeiter*innen
78 proaktiv um Rückmeldung gebeten und Reformvorschläge breit diskutiert werden
79 können.

80 Verwaltung wird von Menschen gemacht und wo Menschen arbeiten, gibt es immer
81 einige wenige, die ihre Macht missbrauchen, Entscheidungen aus unlauteren
82 Gründen treffen oder anderweitig grobe Verstöße gegen Recht und Gesetz begehen.
83 Vorwürfe, die Verwaltung hätte nicht korrekt gehandelt, fallen auf alle
84 Mitarbeiter*innen zurück, die ihre Arbeit nach bestem Gewissen und im Dienste
85 des Allgemeinwohls machen. Wir fordern deshalb eine Whistleblowing-Stelle für
86 die Stadtverwaltung als Ergänzung zum Beschwerdemanagement der Stadt.

87 Wir setzen auf Transparenz - nicht nur bei Open Data, auch bei Verträgen
88 und Vereinbarungen, die die Stadt trifft. Mit allen Vertragspartner*innen soll,

89 wann immer dies rechtlich möglich ist, die Öffentlichkeit der Vereinbarungen
90 verhandelt werden.

91 Die Verwaltung und die Politik in Düsseldorf sollten mit gutem Beispiel
92 vorangehen und sich in besonderem Maße den Nachhaltigkeitszielen verpflichtet
93 fühlen. Dienstwagen, die viel verbrauchen und vergleichsweise wenig im Einsatz
94 sind, sind nicht mehr zeitgemäß. Wir fordern deshalb, dass es ab 2021 keine
95 Dienstwagenprivilegien für städtische Angestellte, Amtsleitungen und Vorstände
96 städtischer Tochterunternehmen mehr gibt.

97 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 98 • 5 Geschlechtergleichstellung
- 99 • 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden
- 100 • 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen